

Wandlung der SED zu einer Partei der herrschenden „neuen Klasse“, ihre Deformation von einer Arbeiterpartei zu einer Interessenpartei der Funktionäre, die von der mitteldeutschen Arbeiterschaft nicht als ihre politische Repräsentanz betrachtet wird.

Andererseits ist die Einstellung der SED zur Arbeiterschaft — mindestens seit dem Aufstand vom 17. Juni 1953 — von Unsicherheit und Mißtrauen bestimmt. Es war für die Kommunisten schockierend, daß sich im „Arbeiter- und Bauern-Staat“ in großem Ausmaß spontane Streiks und Massendemonstrationen gegen die Herrschaft der SED entwickeln konnten.

In dem Aufstand vom 17. Juni 1953 — der allerdings nicht als ausschließlich „proletarische“ Widerstandsäußerung zu begreifen ist, denn die Erhebung ging zwar von der Arbeiterschaft aus, sie wurde aber von *allen* Bevölkerungsschichten getragen — kulminierten oppositionelle und regimefeindliche Verhaltensweisen, die andeutungsweise auch in den Jahren vorher und nachher ständig unter den arbeitenden Menschen in Mitteldeutschland zu beobachten gewesen waren. Ihre Ursachen liegen letztlich darin, daß die Veränderungen im sozialökonomischen Gefüge der Sowjetzone auch die Stellung des Arbeiters in der Gesellschaft grundlegend gewandelt haben. Vor allem bewirkte die Überführung aller wichtigen Produktionsmittel in „Volkseigentum“, das heißt die Schaffung „sozialistischer Produktionsverhältnisse“, daß dem Arbeiter im Betrieb nicht mehr der private Unternehmer, sondern der „Staat“ als Arbeitgeber gegenübertritt. Dieser Wechsel brachte nicht nur spürbare arbeits- und sozialrechtliche Nachteile für die Arbeiter mit sich, er führte zwangsläufig auch dazu, daß wirtschaftliche und soziale Spannungen zwischen den Arbeitnehmern und dem „Staat“ als Arbeitgeber den Charakter von politischen Auseinandersetzungen annahmen. Mehr noch: In letzter Konsequenz lief das darauf hinaus, daß die Kommunisten die Leistungen der Arbeiter in der Produktion zum Kriterium der politischen Gesinnung machen. Losungen wie *„Jeder eine gute Tat für unsere gemeinsame sozialistische Sache“* oder *„Schlagt die Militaristen mit Taten in der sozialistischen Produktion“* machen umgekehrt jeden Arbeiter politisch verdächtig, der sich weigert, sich „freiwillig“ auf eine Normerhöhung als eine „guten Tat“ zu verpflichten.

Auch die politische Gleichschaltung und funktionale Wandlung des Gewerkschaftsapparates in der sowjetischen Zone muß unter diesem Gesichtspunkt betrachtet werden. Nachdem durch SMAD-Befehl Nr. 2 vom 10. Juni 1945 neben politischen Parteien auch *„freie Gewerkschaften und Organisationen zur Wahrung der Interessen und Rechte der Werktätigen“* zugelassen waren, rief ein vorbereitender Ausschuß — bestehend aus drei <sup>101</sup>